Behörden Spiegel
newsletter
Rettung. Feuer. Katastrophe.

Nr. 33 Berlin und Bonn 12. Mai 2021 ISSN 2699-9749

Broemme meint

Klimawandel – wichtiger als Corona?

(BS) Wir beschäftigen uns derzeit viel mit Corona und haben vermutlich erste erkennbare Fortschritte erzielt. Davon kann bei den Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels nur eingeschränkt die Rede sein.

Ein Riesenproblem des Klimawandels ist, dass die Ziele, die es zu verfolgen gilt, über eine Legislaturperiode hinausgehen müssen. Wir reden hier von Dekaden. Umso wichtiger ist es hier, nachvollziehbare und gut vermittelbare Ziele politisch festzulegen, die dann auf der Fachebene kontinuierlich und konsequent umgesetzt werden. Bei der Bekämpfung des Klimawandels wird es nicht möglich sein, alle vier Wochen festzustellen, welche Erfolge man verzeichnen kann. Es ist ein Generationenauftrag, den die Älteren erfüllen müssen, damit nicht die Enkel und Urenkel von den Folgen falscher Entscheidungen geplagt werden.

Albrecht Broemme
Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

Inhalt/Themen

Sofortprogramm gefordert 3
WHO-Zentrum in Berlin geplant 4
Eckpunkte des BayRDG vorgelegt ... 7

Gemeinsam forschen und entwickeln

(BS) Forschung in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr findet zwar statt, doch ist die Umsetzung in die Praxis häufig schwierig und langwierig. Die technische Entwicklung der Gesellschaft sei meist schneller als die Entwicklung in der Sicherheitsforschung. Davon ist Dirk Aschenbrenner, Präsident der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb), auf der 67. vfdb-Fachtagung überzeugt. Die Fachtagung fand erstmalig digital statt. Dies ist eine Premiere in der siebzigjährigen Geschichte der Vereinigung. Dennoch ließ die Corona-Pandemie keine andere Wahl.

"Gesellschaften werden in Zukunft daran gemessen, wie sie mit Krisen umgegangen sind", meint Aschenbrenner. Dass Krisen für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr normal seien, zeige der Blick auf die Einsatzzahlen aufgrund von Katastrophen der vergangenen Jahre. Doch in Zukunft steige die Vulnerabilität von Gesellschaften, da sie immer komplexer würden. Der Bedarf an technischen Lösungen steige deshalb stetig. Deshalb sei die Moderation zwischen den Forschungsstellen und den Anwendern umso wichtiger, so Aschenbrenner. Abhilfe könnte seiner Meinung nach ein Kompetenzzentrum für die Forschung und Entwicklung von Rettungstechnik schaffen.

An diesem Zentrum sollen Wissenschaft, Wirtschaft und Praxis gleichermaßen beteiligt werden, um Innovationen zielgerichtet voranzubringen und zu koordinieren. Dabei soll ein solches Zentrum keine Konkurrenz für bereits bestehende Institute darstellen, sondern eine weitere Brücke für alle Anwender in die Forschung. Es bräuchte Innovationsräume in digitaler und in realer Form, fordert der vfdb-Präsident. Dass die Zukunft gemeinsam gestaltet werden muss, hält auch Prof. Dr. Lydia Kaiser, Lehrstuhlinhaberin "Digitales Engineering 4.0." an der Technischen Universität Berlin, für geboten. Gerade bei der Digitalisierung der Gefahrenabwehr gebe es enormes Potenzial. Dabei seien Cyber-Physische-Systeme, also autonome und dynamisch vernetzte Systeme, bei denen mehrere Anwendungen miteinander kommunizieren und permanent Daten austauschen, auch im Bereich der Gefahrenabwehr erfolgversprechend. Man kenne viele dieser Anwendungen schon aus der Landwirtschaft.

Die 67. Jahresfachtagung fand erstmalig digital statt.

Foto: BS/vfdb

"Digitalisierung ist mehr als nur Daten zu haben. Wichtig ist die Interaktion zwischen Systemen und Menschen ", stellt Kaiser heraus. In Zukunft brauche es jedoch mehr Rechenleistung, unter Einsatz von Quantencomputern, schnelle Datenverbindungen in Form von 5G- und 6G-Netzen sowie digitale Zwillinge. Die promovierte Physikerin sieht viel Potenzial im verstärkten Einsatz von Augmented Reality, Drohnenschwärmen und der Nutzung von Sprachassistenten. Dafür müsse sich jedoch bei der Entwicklung vernetzt werden, mahnt Kaiser an.

DRK: Sofortprogramm gefordert

(BS) Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) fordert "deutliche Verbesserungen" im Bevölkerungsschutz in Form eines Sofortprogrammes von Seiten des Bundes. Die Hilfsorganisation kritisiert die aus ihrer Sicht zu geringen eingeplanten Mittel im Haushalt des Bundesinnenministeriums (BMI) von 700 Millionen Euro. Mit diesem Geld könne auf Bundesebene kein nachhaltiger und umfassender Bevölkerungsschutz gewährleistet werden. Notwendig seien dafür mindestens zwei Milliarden Euro jährlich oder umgerechnet 0,5 Prozent des Bundeshaushaltes. Momentan würden nur 0,14 Prozent des Haushaltes für den Bevölkerungsschutz aufgewendet werden.

"Der gesundheitliche Bevölkerungsschutz muss eine größere Rolle spielen. Wir müssen für künftige Krisen, nicht nur für Pandemien, besser gewappnet sein. Notwendig ist deshalb ein Sofortprogramm des Bundes, um die Menschen in Krisensituationen besser schützen zu können", betont DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt.

Mit Hilfe eines Sofortprogrammes sollen unter anderem die Freiwilligendienste im Bevölkerungsschutz ausgebaut werden. Insgesamt sollen rund 5.000 zusätzliche Plätze bei den Diensten geschaffen werden. Die Hilfsorganisationen wollen zudem erweiterte Erste-Hilfe-Kurse oder eine Basisausbildung für ehrenamtliche Pflegeunterstützungskräfte anbieten. Als Ziel setzen sich die Organisationen, innerhalb von fünf Jahren ein Prozent der Bevölkerung entsprechend auszubilden. Die Kräfte sollen dann Teil der nationalen Betreuungsreserve werden. Als weitere Konsequenz könnte sich DRK-Generalsekretär Christian Reuter vorstellen, eine verbindliche bundesweite Verankerung von Erste-Hilfe-Inhalten in den Schullehrplänen einzuführen.

Präsidentin Gerda Hasselfeldt und Generalsekretär Christian Reuter des Deutschen Roten Kreuz (DRK) fordern ein Sofortprogramm im Bevölkerungsschutz.

Foto: BS/DRK/Henning Schacht

Das DRK erneuert zudem seine Forderung der Helfergleichstellung der Ehrenamtlichen von DRK und anderen anerkannten Hilfsorganisationen mit Feuerwehr und dem Technischen Hilfswerk (THW) in allen Bundesländern bei der Freistellung vom Arbeitsplatz. Nach einer Civey-Umfrage im Auftrag des DRK gaben 35,6 Prozent der erwachsenen Bevölkerung an, in der Corona-Krise ehrenamtlich tätig zu sein. Doch berichteten knapp 70 Prozent der Ehrenamtlichen von starken bis sehr starken Einschränkungen bei Ausübung ihres Amtes.

Infobox

Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie der Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

Newsletter "**Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik**" vom 10. Mai:
- Rechtsextreme Reservisten
- Strategischer Kompass der EU
- 50 Jahre Schützenpanzer Marder

Newsletter "**Netzwerk Sicherheit**" vom 10. Mai:
- Aufstiegsmöglichkeiten erweitert
- Landespolizei Sachsen-Anhalt novelliert Leitbild

Podcast "**Public Sector Insider**" vom 11. Mai:
- Von der Heidekönigin zur Bürgermeisterin
- Dienst an der Gesellschaft - eine Frage des Geldes?

Newsletter "**E-Government, Informationstechnologie und Politik**" vom 5. Mai:
- Musteraufbau einer "neuen Verwaltung"?
- Digitalminister der G7 für mehr Online-Sicherheit

NeueStadt.org

Zukunft – Stadt und Region
Die neue Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel

Für die gesamte kommunale Infrastruktur mit:

- Webkonferenzen und Online-Kongressen
- Online-Diskussionen
- Partner-Webinaren
- Fortbildungs-Webinaren

Mehr unter: www.neuestadt.org

BaWü: Corona-Hilfen für den Bevölkerungsschutz

(BS) Die Corona-Pandemie trifft nicht nur Kultureinrichtungen und Sportvereine, sondern auch die Vereine, die im Bevölkerungsschutz tätig sind. So sind die Einnahmen durch beispielsweise Erste-Hilfe-Kurse, die Bereitstellung von Sanitätsdiensten auf Veranstaltungen oder Spenden weggefallen. Gleichzeitig sind die Ausgaben für Persönliche Schutzausrüstung (PSA) gestiegen. Um auch diese Vereine der Hilfsorganisationen zu unterstützen, hat die Landesregierung in Stuttgart insgesamt zehn Millionen Euro an Hilfen ausgezahlt.

Die Gesamtsumme wurde auf mehrere Tranchen aufgeteilt. Die letzte Tranche mit einem Volumen von 3,7 Millionen Euro konnte nun verteilt werden. Von dem Geld haben 13 Landesverbände in Baden-Württemberg profitiert. Diese Verbände sind unter anderem: der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) (818.00 Euro), Bergwacht Schwarzwald (650.800 Euro), Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) Baden (398.100 Euro), Deutsches Rotes Kreuz (DRK) LV Baden-Württemberg (4.314.900 Euro), Landesfeuerwehrverband (LFV) Baden-Württemberg (503.600 Euro) oder der Verein @fire (54.400 Euro).

"Wir lassen die Vereine nicht alleine. Die notwendigen, freilich auch einschneidenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben nahezu alle Lebensbereiche betroffen. Dies gilt besonders auch für Vereine, die im Bevölkerungsschutz tätig sind. Deshalb haben wir schnelle und unbürokratische Hilfe versprochen. Und dieses Versprechen haben wir auch gehalten: mit zehn Millionen Euro Corona-Hilfsprogramm", sagte der baden-württembergische Innenminister, Thomas Strobl (CDU). Schon zu Beginn der Corona-Pandemie gerieten Hilfsorganisationen unter finanziellen Druck, sodass einige Bereiche der Organisationen unter den damaligen Rettungsschirm gekommen sind.

Vereinigungen im Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg erhielten aufgrund der Einnahmeausfälle wegen der Corona-Pandemie insgesamt zehn Millionen Euro Unterstützung von der Landesregierung.

Foto: BS/Gerd Altmann, pixabay.com

universität wien
Postgraduate Center

Risikoprävention und Katastrophenmanagement

Short Facts

Abschluss	Master of Science (MSc)
Dauer	4 Semester (berufsbegleitend)
Umfang	90 ECTS
Sprache	Deutsch
Kosten	€ 12.500,–
Start	jährlich im Oktober
Bewerbungsfrist	31. Mai 2021
Wissenschaftliche Leitung	Univ.-Prof. Dr. Thomas Glade

Jetzt anmelden!

Bis 31. Mai bewerben
und im Herbst durchstarten!

eRISK

In Kooperation mit
BM.I
.SKKM

www.postgraduatecenter.at/oerisk

Telenotarzt-Projekt in Bayern vorangeschritten

(BS) Die Planungen für das Telenotarzt-Projekt im Freistaat Bayern sind abgeschlossen. Insgesamt sollen in dem Bundesland drei Telenotarztstandorte entstehen. Der Beginn wird im Rettungsdienstbereich Straubing gemacht. Bei dem Projekt handelt es sich nach Bayerns Innenminister, Joachim Herrmann (CSU), um das "bundesweit größte Telenotarzt-Projekt".

Der Standort in Straubing wird neben seinem eigenen Rettungsdienstbereich für die Bereiche Amberg, Regensburg, Nordoberpfalz, Landshut, Passau, Ingolstadt, Rosenheim und Traunstein zuständig sein. "Mit dem Telenotarzt im gesamten Freistaat stellen wir eine weitere Verbesserung des hohen Niveaus der rettungsdienstlichen Versorgung in Bayern sicher. Nicht zuletzt aufgrund des erfolgreichen Pilotprojekts im Rettungsdienstbereich Straubing wird dort nun auch mit dem landesweiten Aufbau begonnen und der erste Telenotarzt-Standort eingerichtet", erklärte Herrmann die Wahl des ersten Standortes. Das Pilotprojekt in Straubing startete Ende 2017.

Ein Telenotarzt kann dem nichtärztlichen Personal vor dem Eintreffen eines Notarztes per Bild und Ton erste ärztliche Hinweis geben und die Versorgung verbessern.

Der Standort Straubing soll im Juni 2022 seine Arbeit aufnehmen. Bis dahin müssen jedoch noch die dazugehörige Technik und ein Betreiber ausgeschrieben werden. Ebenso muss noch die Rettungsdienstinfrastruktur der Einsatzfahrzeuge technisch telenotarztfähig gemacht werden. Diese Umrüstung betrifft knapp 1.000 Rettungswagen. Daran anschließend müssen außerdem mehrere tausend Kräfte und Leitstellendisponenten vorbereitet und geschult werden. Die rechtlichen Grundlagen sollen mit der aktuellen Novelle des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes (BayRDG) geschaffen werden. Die Novelle wurde schon im Ministerrat behandelt. Es werden Investitionskosten in zweistelliger Millionenhöhe sowie Betriebskosten im niedrigen zweistelligen Millionenbereich pro Jahr erwartet.

Die zwei weiteren Standorte wurden noch nicht festgelegt. Die Festlegung hänge unter anderem von den Erfahrungswerten

Das bodengebundene Notarztsystem soll in Bayern durch ein Telenotarzt-System unterstützt werden.

Foto: BS/planet_fox, pixabay.com

des ersten Telenotarztes in Straubing hinsichtlich "einer optimalen Funktionsfähigkeit" und seiner Finanzierbarkeit ab. Ein bayernweites Telenotarzt-System soll bis Ende 2028 aufgebaut sein. Innenminister Herrmann erhofft sich durch die Einführung des Telenotarzt-Systems und dem bestehenden Notarztsystem eine Steigerung des vorhandenen Potenzials. "Mit dem Telenotarzt wird das bestehende bodengebundene Notarztsystem unterstützt und nicht ersetzt", so Herrmann.

WHO-Hub geplant

(BS) In Berlin soll ein Pandemiefrühwarnzentrum der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entstehen. Es soll schon im Herbst 2021 seine Arbeit aufnehmen. Dies teilte der WHO-Generaldirektor, Tedros Adhanom Ghebreyesus, mit. Es sollen vor allem Informationslücken der Pandemiebekämpfung geschlossen werden. Dazu sollen unter anderem unter Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) Daten weltweit erhoben und aufbereitet werden. So sollen Gesundheitskrisen wesentlich früher erkannt und verhindert werden. Das WHO-Hub hat deshalb zur Aufgabe, wissenschaftliche, staatliche und privatwirtschaftliche Institutionen aus verschiedenen Ländern in einem Netzwerk zusammenzubringen. Das Zentrum wird sich weniger um die Corona-Pandemie kümmern, sondern sich eher auf zukünftige Krisen konzentrieren. Die Bundesrepublik unterstützt das WHO-Zentrum mit 30 Millionen Euro jährlich. "Wir müssen in der Lage sein, Epidemien an jedem Ort der Welt so schnell wie möglich zu entdecken. Dieser Hub wird die Welt sicherer machen", erklärte dazu der Bundesgesundheitsminister, Jens Spahn (CDU).

iconos® Lösungen in der Brandbekämpfung

iconos® Kreisregner

- ☑ Keine Personaleinsatz erforderlich
- ☑ Sehr gut einsetzbar am Abend und in der Nacht
- ☑ Geringer Wasserverbrauch
- ☑ B-Schlauchanschluß: NEU in Größe D
- ☑ Beregnung einer Fläche von bis zu 1.800 m²

iconos® Vertriebs GmbH
Tel.: 0203-741469 · www.iconos-system.com

TH Köln entwickelt Drohnen für Wasserrettung

(BS) Die Suche nach Personen in Gewässern gestaltet sich aufgrund der meistens nur geringen Sichtbarkeit der Personen sowie durch die große Fläche, die in den Blick genommen werden muss, sehr schwierig. Damit Rettungsaktionen schnell und zielgerichtet durchgeführt werden können, entwickelt die Technische Hochschule Köln (TH Köln) in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Nickel Holding GmbH ein drohnenbasiertes Rettungssystem.

Im Rahmen des Projekts Guardian erarbeitet das Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr der TH Köln die Anforderungen an das System, das einsatztaktische Konzept sowie deren Einbindung in die bestehenden Einsatzstrukturen und die Evaluierung des Gesamtsystems. Für die Konzept- und Anforderungserstellung arbeitet das Institut mit der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) und anderen Organisationen zusammen.

Das Unternehmen Nickel Holding GmbH ist für die Konstruktion einer robusten Outdoor-Drohne zuständig, die in wenigen Sekunden zu einer in Not geratenen Person ein Auftriebsmittel – also einen Rettungsring – transportieren kann. Die Drohne soll dazu in einem Hangar gelagert und ständig einsatzbereit gehalten werden. Die Hangars werden dazu an taktisch wichtigen Stellen platziert. Eine Auswahl der Standorte wird dort getroffen, wo keine schnelle Hilfe durch Rettungsschwimmerinnen und -schwimmer möglich ist.

Die Drohnen sollen durch eine bereits entwickelte App des Unternehmens oder per Telefon alarmiert werden können. Die Leitstelle soll die Drohne dann aus der Ferne steuern können. Das Projekt wird vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) im Rahmen des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) über zwei Jahre gefördert.

Drohnen sollen in Zukunft auch Rettungsschwimmerinnen und -schwimmer unterstützen.

Foto: BS/Nickel Holding Gmbh

DLRG: Sorge vor neuer Saison

(BS) Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) sieht mit Sorge auf die kommende Badesaison an den deutschen Küsten und Binnengewässern. Als Folge der Corona-Pandemie befürchten die Retter mehr Unfälle und Probleme als im Vorjahr. Dies habe mehrere Gründe. Die Infektionsschutzmaßnahmen und der Appell zuhause zu bleiben an die Bürgerinnen und Bürger hätten eine mangelnde Fitness und körperliche Beeinträchtigungen bis hin zu Adipositas zur Folge. Ebenso könnte die Schließung von Schwimmbädern aufgrund der Pandemie zu einer Verschlechterung der Schwimmfähigkeiten führen. Besonders die fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten ließen einen Anstieg von schwimmunfähigen Kindern befürchten.

"Viele unterschätzen, wie viel Fitness verloren gegangen ist, wenn sie lange zu Hause sind und sich über einen langen Zeitraum nicht regelmäßig und ausreichend bewegen", mahnt Achim Wiese von der DLRG. Schon im vergangenen Jahr war die Zahl der Ertrinkungsunfälle in den warmen Sommermonaten stark angestiegen. Allein im August verloren 117 Menschen ihr Leben an deutschen Gewässern. Gründe dafür waren neben den besonders heißen Monaten der innerdeutsche Urlaub und die Ausflüge an unbewachte Badestellen.

"Wir können die Menschen nur sensibilisieren, ihre körperlichen Kräfte nicht zu überschätzen und ausschließlich an bewachten Abschnitten baden zu gehen", betont Wiese.

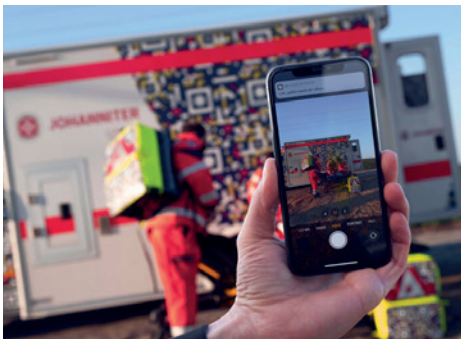
DAS NEUE E-JOURNAL.

Dein Newsfeed. Dein Ratgeber.
Deine Plattform für den
Öffentlichen Dienst von morgen.
www.f4p.online

Mit QR-Code gegen Gaffer

(BS) Es geschieht immer wieder: wenn auf öffentlichen Straßen Personen verunglücken, sind Schaulustige und Gaffer nicht weit. Im Smartphone-Zeitalter wird dann häufig das Handy gezückt und Aufnahmen von den Opfern und den Einsatzkräften gemacht. Dies ist nicht nur strafbewehrt, sondern behindert auch die Einsatzkräfte. Im schlimmsten Fall gefährden die Schaulustigen ihr eigenes Leben. Die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) hat nun ein Pilotprojekt gestartet, um Gaffern von Aufnahmen mit dem Smartphone abzuhalten.

Auf Grundlage einer Idee der Agentur Scholz & Friends versucht die JUH dem Thema nun mit QR-Codes zu begegnen. Dazu werden diese Codes in das Design von Rettungswagen oder von Ausrüstung der Einsatzkräfte eingebracht. Sollte nun ein Schaulustiger die Rettungsaktion filmen oder fotografieren, wird der QR-Code automatisch abgescannt und es erscheint der Warnhinweis "Gaffen tötet!". Die Idee wird in einem Pilotprojekt in Berlin getestet. Insgesamt wurden mit dem QR-Code-Design acht Rettungswagen und ein Intensivtransportwagen ausgestattet. In den kommenden Monaten sollen Erfahrungen gesammelt werden, wie die Idee über die eigene Organisation hinaus auf eine breitere Basis gestellt werden kann. "Gaffer sind ein Riesenproblem in allen Rettungsdiensten, daher sind wir sicher, dass diese Aktion eine hohe Aufmerksamkeit bekommen und Nachahmer in der gesamten Branche finden wird", betont David Kreuziger, Mitglied des Landesvorstands Berlin/Brandenburg der JUH. Die Ideenurheber zeigen sich optimistisch, dass die Designs bei den Schaulustigen zu Selbstreflektion führen. "Kreativität hat die Kraft, echte Probleme zu lösen. Wir freuen uns, die Johanniter-Unfall-Hilfe bei einem so dringlichen Problem zu unterstützen. Durch das innovative digitale Tarnmuster erwischen sich Gaffende direkt selbst auf frischer Tat", erklären Ramona Junggeburth und Christoph Schlossnikel, Kreativdirektoren der Agentur Scholz & Friends.



Die QR-Codes sollen Gaffern ihr eigenes Handeln vor Augen führen.

Foto: BS/S&F/André Wagenzik

16.-17. Juni 2021 **Online-Event**

Münchner CYBER Dialog 2021

Gemeinsam im Kampf gegen Cyber-Kriminalität

Referent/-innen:

Carsten Meywirth, Abteilungsleiter Cybercrime, Bundeskriminalamt

Markus Jerger, Bundesgeschäftsführer, Bundesverband mittelständische Wirtschaft e.V.

Sebastian Fiedler, Bundesvorsitzender, Bund Deutscher Kriminalbeamter e.V.

Dr. Konstantin von Notz, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Bündnis 90/ Die Grünen

Letitia Kernschmidt, CERT-Bund, Vorfallsbearbeitung und Verbindungsstelle Nationales Cyber-Abwehrzentrum

Dirk Fleischer, Security Consultant (CSO/ CISO), Dürr AG

Prof. Dr. Gina Rosa Wollinger, Professur für Soziologie und Kriminologie, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW

Und viele weitere

FORMATE: **Keynotes, Online-Panels, Dialogforen und Werkstätten**

FOKUS: **Threat Landscape, Ransomware, Cyber-Spionage, sicheres Homeoffice**

Aktuelles Programm und Anmeldung unter: www.muenchner-cyber-dialog.de

Eine Veranstaltung der Cyber Akademie – Ihr Zentrum für digitale Souveränität CAk Cyber Akademie

Medienpartner: Behörden Spiegel

Kooperationspartner: Der Mittelstand. BVMW Bund Deutscher Kriminalbeamter

Eckpunkte des BayRDG vorgestellt

(BS) Der bayerische Innenminister, Joachim Herrmann (CSU), hat die wesentlichen Eckpunkte der Novelle des Bayerischen Rettungsdienstgesetztes (BayRDG) vorgestellt. In der Novelle sollen vorrangig die landesweite Einführung eines Telenotarztes und die Errichtung eines Notfallregisters geregelt werden.

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Pilotprojekts für einen Telenotarzt im Rettungsbereich Straubing und dem begonnenen Aufbau einer bayernweiten Telenotarztinfrastruktur soll der Einsatz dieser Telemedizin auf rechtlich sichere Beine gestellt werden. (siehe Seite 4)

Als zweiter großer Punkt in der Novelle wird die Schaffung eines bayerischen Notfallregisters (NFR) geregelt. Mit dem Register sollen systematisch Daten zur Qualität des Rettungsdienstes erhoben werden. Die Daten sollen über die komplette Rettungskette, vom Eingang des Notrufs bis zur nachfolgenden Behandlung in einem Krankenhaus, gesammelt und ausgewertet werden. Mit der Analyse will man im Freistaat die Optimierung des Rettungsdienstes vorantreiben und weitere medizinische Versorgungsforschung ermöglichen. Im Hinblick auf den Schutz der sensiblen Gesundheitsdaten hat das bayerische Innenministerium Datenschutzexpertinnen und - experten zu Rate gezogen. Das von ihnen erstellte Gutachten wird in die Novelle einfließen. Für Aufbau und Betrieb des NFR werden sich Investitionskosten in einer Größenordnung von 2,5 Millionen Euro und jährliche Betriebskosten von bis zu einer Million Euro ergeben.

Die Novelle des Bayerischen Rettungsdienstgesetztes (BayRDG) soll unter anderem die Schaffung eines Notfallregisters und eines Telenotarztes regeln.

Foto: BS/Klawon

Die Novelle des BayRDG wird außerdem der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zu Vergaben im Rettungsdienstbereich Folge leisten. Der EuGH hatte entschieden, dass eine europaweite Ausschreibung für Notfallrettung und Krankentransporte in einem förmlichen Vergabeverfahren nicht mehr verpflichtend ist, wenn die genannten Leistungen von gemeinnützigen Organisationen erbracht werden. Alle Hilfsorganisationen in Bayern würden die Anforderungen dafür erfüllen. Private Anbieter können auch in den Kreis aufgenommen werden, wenn sie die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit erfüllen.

Die Novelle des Bayerischen Rettungsdienstgesetztes (BayRDG) findet sich hier.

Kapke folgt auf Banse

(BS) Der Kreisbrandmeister Olaf Kapke wurde zum Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen (LFV Nds) gewählt. Er tritt die Nachfolge von Karl-Heinz Banse an, der im Februar zum Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV) gewählt wurde. Die Präsidentenwahl fand im März und April per Brief statt. Das Ergebnis wurde auf der 108. Landesverbandsversammlung des LFV Nds verkündet. Die Versammlung fand erstmalig digital statt. Neben Kapke stand auch der Regierungsbrandmeister Uwe Quante zur Wahl. Der 59-jährige Kapke stammt aus Lehre (Landkreis Helmstedt). Der Niedersachse war sechs Jahre Gemeindebrandmeister von Lehre und über zwei Jahre stellvertretender Brandabschnittsleiter im Landkreis Helmstedt. Außerdem ist er seit 2010 Kreisbrandmeister und genauso lange Vorsitzender des Kreisfeuerwehrverbandes Helmstedt. Seit 2017 ist er Mitglied des Vorstandes des LFV Nds.

Der neue Präsident des Landesfeuerwehrverbands Niedersachsen: Olaf Kapke.

Foto: BS/Olaf Rebmann, LFV Nds

NeueStadt.org

Webinar

E-Mobilität im ÖPNV – nicht nur für Großstädte machbar

Dienstag, 25. Mai 2021 13:30 – 15:00 Uhr

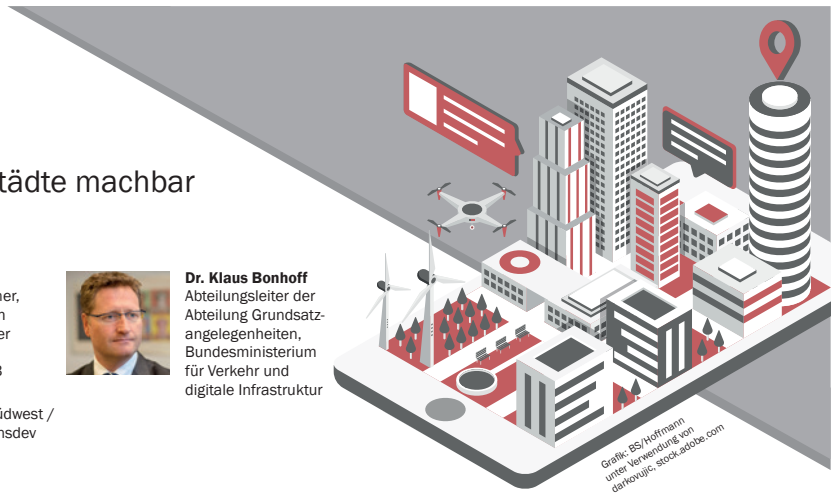
Dr. Christiane Döll
Beigeordnete und zuständige Dezernentin für den Bereich ÖPNV der Stadt Ingelheim am Rhein

Dr. Jan Deuster
Rechtsanwalt | Partner, Cornelius Bartenbach Haesemann & Partner Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB

Dr. Klaus Bonhoff
Abteilungsleiter der Abteilung Grundsatzangelegenheiten, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Dr. Christoph Zimmer
Geschäftsführer, BPV Consult GmbH

Rüdiger Schmidt
Regionalleiter Bus Südwest / Geschäftsführer, Transdev Verkehr GmbH



Grafik: BS/Hoffmann unter Verwendung von darkovujic, stock.adobe.com

"Wir hatten eine interne Lage"

(BS) "Wir hatten keine externe Lage. Wir hatten eher eine interne Lage", zeigt sich Christian Kossmer, Zugführer und Mitglied des Corona-Krisenstabes an der Feuer- und Rettungswache der Feuerwehr Hamburg, mit Blick auf den Beginn der Corona-Pandemie überzeugt. Die Dauerbelastung der Krise könne seiner Meinung nach nur effektiv und kreativ im Team bewältigt werden. Aber auch die psychosoziale Versorgung musste neugedacht werden.

Als Anfang März 2020 der Krisenstab bei der Hamburger Feuerwehr eingerichtet wurde, realisierte man schnell, dass die Schwierigkeit der Bewältigung weniger aufgrund von fehlenden Rettungswagen oder Einsatzkräften entstand, sondern eher durch die internen Unwägbarkeiten, wie den ersten Corona-Fällen in den eigenen Reihen, den Quarantänemaßnahmen für die Wachabteilungen oder die psychosoziale Unterstützung von Kameradinnen und Kameraden. Die Krisenpläne und Handbücher für den Krisenstab, die zu Beginn aus den Schubladen gezogen wurden, halfen nicht weiter. Häufig waren diese veraltet oder nicht an die Lage angepasst, berichtet Kossmer auf dem 7. Symposium der Stiftung "Hilfe für Helferinnen und Helfer in den Feuerwehren" des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV), welches in Kooperation mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) durchgeführt wurde.

Krisenstabsarbeit nicht nach Vorschrift

Die neuen Krisenpläne und Handlungsanweisungen mussten erst von der Unterstützungsgruppe, bei der Kossmer beteiligt war, erarbeitet werden. Im Sommer wurde zugunsten der Unterstützungsgruppe die Arbeit des eigentlichen Krisenstabes eingestellt und die Gruppe zum neuen Stab erhoben. "Durch diese Entscheidung haben wir wieder Ruhe in die eigenen Reihen reinbekommen", erläutert der Hamburger. Einzig die Stabsbereiche S1 "Innerer Dienst" und S7 "Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)" wurden in die neue Struktur übernommen. Bis auf den Stabsleiter gebe es flache Hierarchien und keine "Denkverbote". Dies sei auch geboten, da viele Themen komplett neu für die Gefahrenabwehr seien. Nur im Steuerungskreis würden Prioritäten gesetzt werden. Es findet Problemlösung in kleinen Schritten statt. Durch die einerseits komplett neue Lage und der "Schwarmintelligenz" des neuen Stabes würde viel mehr Kreativität freigesetzt werden. Man sei entscheidungsfreudiger, so Kossmer.

Neben dem psychischen Druck sei das gleichzeitige Abarbeiten der Lagen und die Durchführung von Hygienemaßnahmen bei Einsätzen besonders fordernd. Zwar seien die Einsätze in der Pandemie weniger geworden, dauerten jedoch länger. Auch sei die soziale Belastung durch die Corona-Krise und die Begleiterscheinungen wie Homeschooling gestiegen. Dazu führte Kossmer als Zugführer in der Bereitschaftszeit auf der Wache Gespräche, um seinen Kolleginnen und Kollegen beizustehen.

Über 400 Betreuungsgespräche

Um dem gestiegenen Bedarf an PSNV zu begegnen, wurde in der Pandemie erst der Stabsbereich S7 etabliert. Volker Pietsch, auch Angehöriger der Feuerwehr Hamburg, ist maßgeblich bei der psychosozialen Notfallversorgung Einsatzbegleitung (PSNV-E) beteiligt. Die Einsatzbegleitung betreut in Hamburg neben den in Quarantäne befindlichen Kollegen der Berufsfeuerwehr, auch die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr sowie die Mitarbeiter der Vertragspartner, also der Hilfsorganisationen. Dabei können die Betroffenen über eine Hotline Kontakt aufnehmen oder die Einsatzbegleitung ruft die Betroffenen nach Einwilligung selbst-

Die Corona-Pandemie stellt nicht nur eine Gefahr für die körperliche Gesundheit dar, sondern belastet auch die psychische Gesundheit von Einsatzkräften enorm.

Foto: BS/Hermann Kollinger, pixabay.com

ständig an. Wie hoch der Bedarf an Gesprächen ist, zeigt ein Blick auf die von Pietsch erhobenen Zahlen. Er führte seit Beginn der Pandemie bis Ende April über 432 Gespräche mit über 181 Betroffenen. Dabei dauerte ein Gespräch im Durchschnitt knapp 80 Minuten. Die wiederkehrenden Themen seien Angst, selbst zu erkranken oder Angehörige anzustecken, Schuld, für eine Erkrankung eines anderen, oder auch organisatorische Probleme, die mit der Quarantäne aufkommen.

Schwierig - aber anders nicht möglich - sieht Pietsch die Gespräche nur über das Telefon und die fehlende Begleitung vor Ort. Ebenso müsse sich die PSNV im eigenen Haus immer wieder bei den Kollegen ins Gedächtnis rufen, weil die Einrichtung noch so frisch sei. Aber trotz aller Schwierigkeiten hätte sich die Einrichtung der S7, also der PSNV-E im Corona-Krisenstab, bewährt.

100 Jahre DRK gefeiert

(BS) Am Weltrotkreuztag feierte das Deutsche Rote Kreuz (DRK) sein 100-jähriges Bestehen. Auf einer digitalen Festveranstaltung feierten die Rotkreuzler den Zusammenschluss am 21. Januar 1921 der damaligen Rotkreuzvereine auf einer Sitzung im Alten Rathaus in Bamberg zu einem Dachverband. Die Struktur des Dachverbandes wirkt bis heute nach.

In einem Video-Grußwort gratulierte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dem DRK. "Ob in Krankenhäusern oder Seniorenheimen, im Rettungsdienst, in der Sozialarbeit oder in internationalen Kriseneinsätzen – so vielfältig Ihr Dienst am Nächsten ist, so unschätzbar wertvoll ist er auch. Und auch jetzt in der schwierigen Zeit der Pandemie ist es ein Segen, dass das Deutsche Rote Kreuz zur Stelle ist. Sie betreiben Test- und Impfzentren, transportieren und vorsorgen Kranke, beschaffen und verteilen Infektionsschutzgüter. Kurzum: Sie leisten Großartiges", bedankte sich die Kanzlerin. Das Funktionieren des deutschen Sozialstaates habe viel mit dem DRK zu tun und sei aus der Wohlfahrtspflege in Deutschland nicht wegzudenken, so Merkel.

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) leiste Großartiges in der Pandemie, so Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zum 100-jährigen Jubiläum der Hilfsorganisation.

Screenshot: BS/Klawon

Getreu nach dem DRK-Motto "Hilfe allein nach dem Maß der Not" wollte man den digitalen Festakt vollziehen, so Christian Reuter, DRK-Generalsekretär. Eigentlich sollte das Jubiläum am Gründungsort Bamberg begangen werden. Aufgrund der Corona-Pandemie entschied man sich für eine reine Digital-Veranstaltung. Das Programm des Jubiläums sei vor allem mit Menschen entstanden, die sich für und im DRK engagieren. Diese Menschen würden das DRK ausmachen und seien die Stärke der Organisation, sagte Reuter. Bundesweit sind derzeit mehr als 430.000 Ehrenamtliche und 183.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das DRK tätig.

Neben der Bundeskanzlerin kam unter anderem noch der bayerische Ministerpräsident, Markus Söder (CSU), Dr. Peter Maurer, Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), oder der Fernsehmoderator Eckart von Hirschhausen zu Wort. Außerdem gab es Einblicke in die Arbeit des DRK im Rahmen der Corona-Pandemie und in das "Oral-History"-Projekt mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der Hilfsorganisation. Die Aufzeichnung des digitalen Festaktes findet sich hier.

Detektoren übergeben

(BS) Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat alle acht Standorte der Analytischen Task Force (ATF) mit neuen Detektoren zur Erkennung von Gefahrstoffwolken ausgestattet. Mit der Maßnahme der Leistungssteigerung im Bereich des CBRN-Schutzes investierte das BBK über vier Millionen Euro.

Bei den Geräten handelt es sich um sogenannte Infrarot-Spektrometer des Typs HI 90. Mit diesen können Gefahrstoffwolken in bis zu fünf Kilometern Entfernung erkannt und identifiziert werden. Möglich wird dies durch eine hinterlegte Bibliothek, die verschiedene Chemikalien umfasst. Ebenso soll eine hochaufgelöste Visualisierung der Wolke innerhalb weniger Sekunden möglich sein. Durch die vorhandenen Infrarotspektren aus dem Sensorelement kann das Bild mit einer Nachtsichtkamera kombiniert werden, sodass Einsatzkräfte die Position der Gefahrenstoffe in der Umgebung erkennen können.

Der Detektor HI 90 im Aufbau.

Foto: BS/BBK

DIGITALER STAAT ONLINE PARTNER
WEBINAR
Daten in Bewegung –
So geht Datenstreaming für Behörden
Donnerstag, 24. Juni, 9:30 — 11:00 Uhr

Kai Waehner
Field CTO & Technology Evangelist,
Confluent Germany GmbH

Thomas Scheidler
Industry Lead Public Sector,
Confluent Germany GmbH

Grafik: stock.adobe.com/bvector

WEBINAR

Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Feuerwehr

Vergabeverfahren, Leistungsbeschreibung, Angebotsprüfung und -wertung, Abnahme

23. Juni 2021, 09:30 Uhr – 17:30 Uhr, München

Anhand von anschaulichen Beispielen vermittelt das Webinar grundlegendes Wissen darüber, wie einerseits unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage ein wirtschaftliches und rechtskonformes Vergabeverfahren durchgeführt und andererseits eine ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden kann.

Ihre Referenten:

Günther Pinkenburg, LL.M., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht. Seit 1991 aktives Feuerwehrmitglied, Ausbilder und Führungsdienstgrad. Mitwirkung im Fachbereich 2 des Landesfeuerwehrverbandes Bayern.

Thomas Zawadke, Dipl.-Ing. (FH) Fahrzeugtechnik, selbständiger Beratungs- und Entwicklungsingenieur. Seit 1973 aktives Feuerwehrmitglied. Lehrauftrag „Feuerwehrfahrzeugtechnik“ an der Hochschule Ulm. Mitarbeit im DIN in den drei Arbeitsgremien für Löschfahrzeuge, Sonderfahrzeuge und Ausrüstung.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: **www.fuehrungskraefte-forum.de;** Suchwort *„Feuerwehr“*

Falls die Veranstaltungen aufgrund der Pandemielage nicht vor Ort durchgeführt werden können, bieten wir die Inhalte in Rücksprache mit den Teilnehmenden am selben Tag virtuell an.

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Dorothee Frank, Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Matthias Lorenz, Thomas Petersdorff, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Paul Schubert, Benjamin Stiebel. Online-Redaktion: Michael Harbeke, Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistenz: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von “Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe”. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten (“Links”), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.